

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Wirtschaft & Familien in OÖ stärken: Ausweitung der Tagesöffnungszeiten in Krabbelstuben und Kindergärten**

**Gemäß § 25 Abs. 7 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu treffen und dem Landtag nötigenfalls Gesetzesentwürfe zum Beschluss zuzuleiten, mit welchen die durchschnittliche Tagesöffnungszeiten von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Oberösterreich um mindestens eine Stunde erhöht wird, um eine oberösterreichweit durchschnittliche Tagesöffnungszeiten - angelehnt an den österreichischen Durchschnitt - von mindestens 9,5 Stunden zu erzielen. Insbesondere möge die Landesregierung durch Gesetzesänderungen oder andere Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass eine jährliche, einheitliche Erhebung des tatsächlichen Bedarfs an Betreuungsplätzen und -zeiten in jeder Gemeinde erfolgt und ein Versorgungsauftrag der Gemeinden determiniert wird.

### **Begründung**

Die täglichen Öffnungszeiten der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Oberösterreich liegen mit durchschnittlich 8,4 Stunden deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 9,5 Stunden (Stand: 2023). Es ist für oberösterreichische Eltern und Betriebe somit aufgrund dieses politisch gestalteten Umstandes herausfordernder, Arbeit und Familie zu vereinbaren, als in anderen Bundesländern. Insbesondere Erziehungsberechtigten in Vollzeitbeschäftigung macht es Oberösterreich damit schwerer, als es sein müsste. Doch auch jene, die in Berufen mit variablen oder späten Arbeitszeiten tätig sind, beispielsweise im Einzelhandel oder in der Pflege, sowie Pendler:innen, die täglich längere Strecken zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen müssen, sind besonders betroffen. Wem die finanziellen oder familiären Ressourcen fehlen, den schränkt das unterdurchschnittliche Kinderbildungs- und -betreuungsangebot Oberösterreichs in der Berufswahl oder der Gestaltung der Arbeitszeit stark ein. Besonders deutlich wird dies angesichts von Gemeinden im ländlichen Raum mit einer Tagesöffnungszeiten von 6 Stunden.

Eine Erhöhung der Tagesöffnungszeiten um (mindestens) eine Stunde im Landesschnitt würde kurzfristig Familien mehr Flexibilität ermöglichen und den Wirtschaftsstandort stärken. Langfristig bringt ein besseres Kinderbildungs- und -betreuungsangebot nachweislich gesündere, erfolgreichere und chancenreichere Kinder.

Den umfassenden ökonomischen Nutzen fürs Land belegt die EcoAustria-Studie "Ausweitung der Kinderbetreuung in Oberösterreich" (Köppl-Turyna 2024): Das regionale Bruttoinlandsprodukt könne um bis zu 86 Millionen Euro steigen, die Ausgaben für Sozialleistungen sinken. Die Kosten beziffert die Studie mit etwa 18 Millionen Euro. Sie könnten durch den Bundes-Zukunftsfonds, der speziell auch dafür vorgesehen ist, Initiativen zur Ausweitung von Öffnungszeiten und zur Einhaltung von VIF-Richtlinien zu unterstützen, gedeckt werden. Aus Sicht des Bundeslandes Oberösterreich und seiner Gemeinden stelle das Paket eine Chance dar, seine Aufholpotenziale im Bereich der elementaren Bildung nun zu realisieren.

Eine einheitliche, jährliche Erhebung des tatsächlichen Betreuungsbedarfs und damit auch eine Evaluierung der gegebenen Kernzeiten in den Gemeinden sowie ein gesetzlich festgelegter Versorgungsauftrag, der für Gemeinden gelten muss (bspw. angelehnt an das Vorarlberger KBBG), sind die logischen begleitenden Schritte, die in Oberösterreich letztlich notwendig sind.

Linz, am 13. Mai 2024

(Anm.: NEOS-Fraktion)

**Bammer, Eypeltauer**